



Modernisierung der Demokratie –Warum:



Unser politisches Engagement ist einerseits auf unsere persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen mit der Politik zurückzuführen. Wir haben diese Erfahrungen in sehr unterschiedlichen Berufsfeldern sammeln können, die von der Medizin, über die Architektur, Verwaltungserfahrungen und auch Erfahrungen in verschiedenen wirtschaftlichen Funktionen beruhen. Als wir uns die Frage stellten, ob diese persönlichen Erfahrungen auf Politik und Gesellschaft insgesamt zu übertragen seien, haben wir gesehen, dass unsere jeweiligen individuellen Erfahrungen durchaus verallgemeinerbar sind. Sie betreffen das Parteiensystem als System politischer Herrschaftsorganisationen insgesamt. Sie sind demnach auch nicht auf einzelne Parteien und Personen zurückzuführen, sondern auf die Strukturen der politischen und bürokratischen Macht. Deshalb zeigt die politische Geschichte unseres Landes, wie sich unsere Parteien, immer ungezügelter und willkürlicher ihrer Macht bedienen und sich dabei von der Ordnung des Rechts wie vom allgemeinen Wohl als Ziel ihrer Politik entfernt haben. Die nachstehenden Beispiele stehen für unsere Meinung. Jeder kann sie überprüfen und jeder wird feststellen können, dass die nachstehende Nennung von besonders gravierenden Fällen von Kumpanei und Machtmissbrauch durch nahezu unendlich viele weitere Fälle ergänzt werden könnte.

Das Grundgesetz, das wichtigste Regelbuch eines Volkes, wurde ohne eine Mitwirkung des Volkes geschaffen und erlassen. Angeblich war das Volk damals noch nicht reif, um sich selbst und in seiner Rolle als Souverän der Demokratie eine Verfassung zu geben. Aber in der Wertschätzung der Politik hat sich dies offensichtlich nicht geändert. Denn keine der wesentlichen Weichenstellungen deutscher Nachkriegspolitik wurde dem Volk zur Abstimmung vorgelegt, obwohl der Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes lautet: " Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

Das Volk wurde z.B. nicht gefragt:

- 1950 beim Beitritt der BRD zum Europa-Rat und bei der Wiederaufrüstung, die besser Re-Militarisierung genannt wird. Diese vollzog sich – beginnend unmittelbar nach der Gründung der BR – hinter dem Rücken der Öffentlichkeit.
- Als 1954/1955 die "Pariser Verträge", mit dem (Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU), zur NATO, dem Überleitungs- und Deutschlandvertrag),
- 1957/1958 bei der Unterzeichnung der "Römischen Verträge" (Gründung der EWG)

Alle Verträge waren und sind mit einem erheblichen Souveränitätsverzicht Deutschlands zugunsten des "Politbüros in Brüssel" und den "amerikanischen Freunden" verbunden. Das Bundesverfassungsgericht hat das Volk in seinen bisherigen Entscheidungen nur unzureichend vor den Rechtsbrüchen der herrschenden politischen Klasse geschützt. Es hat sich durchaus im Sinne der Politik als ein Bestandteil der sich wechselseitig programmierenden Staatsapparate erwiesen.

Ein weiterer wesentlicher Einschnitt in die Rechte des Volkes erfolgte mit der großen Koalition 1966/67. Mit dieser Koalition wandelte sich das Verhältnis konkurrierender Parteien letztlich in ein ‚Einheitsparteiensystem‘. Angeblich war die erste harmlose Rezession mit damals 0,5 Mio. Arbeitslosen der Grund dieser Koalition. (heute hätten die damals Arbeitslosen kaum eine Chance in der Statistik berücksichtigt zu werden) Tatsächlich jedoch lag der Zweck dieser Koalition in folgenden Verträgen bzw. Verfassungsänderungen

- 1967 Abschluss des EG-Fusionsvertrages
- Aufhebung der Schuldengrenze
- Durchsetzung der Notstandsgesetze



Modernisierung der Demokratie –Warum:



Das EG-Fusionsgesetz ermöglichte die Schaffung einer monströsen europäischen Bürokratie und die Verlagerung wesentlicher Souveränitätsrechte. Die Notstandsgesetze waren entgegen den Erklärungen keine Vorsorge für die Bekämpfung radikaler Tendenzen, sondern ein Freibrief für die Bespitzelung des Volkes und sie zementierten alliierte Sonderstellungen. Sie ermöglichten z.B. den Bruch des Postgeheimnisses und letztlich auch die Bürgerkontrolle durch die NSA. Viele Menschen werden sich an die künstliche Empörung erinnern, als auch Frau Merkels Telefon von den "amerikanischen Freunden" abgehört wurde. Dies war natürlich scheinheilig. Denn die "Rechtslage" ist bekannt. Das grundgesetzlich verbotene massenweise Abhören von Telefonen wurde bereits in den fünfziger Jahren durch "alliierte Vorbehaltsrechte" ausgehebelt und 1968/69 durch geheime deutsch-alliierte "Verwaltungsvereinbarungen" festgeschrieben. Sie sind durch die Regelungen des Zwei-Plus-Vier-Vertrages nicht aufgehoben worden, so wie sich auch keine Bundesregierung seit 1973 (UNO-Beitritt) um die ersatzlose Streichung der Feindstaatenklauseln (Art. 53/107) der UNO-Charta bemüht hat.

Wesentlich auch: Durch die erste große Koalition 1966/67 wurde die Verschuldungsgrenze aufgehoben. Damit fiel eine wichtige Grenze gegen den Schuldenstaat, die von den Parteien weidlich ausgenutzt wurde. Alle Versprechungen in schlechter Konjunktur durch Schulden Wachstum zu erzeugen und diese bei guter Konjunktur zu tilgen wurden gebrochen

Die Parteien – in ihrer Macht gefestigt, konnten nun immer dreister in die Souveränitätsrechte eingreifen. 1986/1987 bei der Unterzeichnung der "Europäischen Akte", bedurfte es schon keiner großen Koalition mehr, die kam – wie durch ein Wunder – von selbst zu Stande.

Mit der Wiedervereinigung hätte es zu einer neuen gesamtdeutschen Verfassung kommen müssen. Immerhin gab es die feste Zusage, im Grundgesetz, dass es mit der Wiedervereinigung eine gemeinsame Verfassung geben sollte. Die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung war den Parteien inzwischen kaum noch eine Erklärung wert. Mit der Wiedervereinigung wurde Grundgesetzauftrag zur Schaffung einer Verfassung für das wiedervereinigte Deutschland nicht erfüllt. Das GG war endgültig zum Spielzeug einer feudalen Parteienherrschaft geworden. Der Weg war nunmehr frei für eine willkürliche Behandlung zentraler Rechte des Volkes.

Zu einem schlimmen Rechtsbruch gehört die Bestätigung der sowjetischen Enteignungen nach dem Krieg von 1945 bis 1949 durch Politik und "Rechtsprechung" (Bundesverfassungsgericht) nach der Wiedervereinigung. Es war behauptet worden, Gorbatschow habe die Übernahme dieser Regelung vorausgesetzt. Dieser hat jedoch bestätigt, dass dies nicht so war. Somit lügt entweder Gorbatschow oder die deutsche Regierung hat das Volk und auch das Verfassungsgericht angelogen.

Offensichtlich war mit dem Konkurs des Sozialismus von vornherein geplant, das Modell der sozialen Marktwirtschaft durch eine globale Form des Raubtierkapitalismus zu ersetzen. Diese Reform erfolgte in 2 wesentliche Etappen

- Mit der Euro-Einführung durch Schwarz-Geld und
- Der Liberalisierung der Finanzmärkte durch Rot-Grün

(Wieder handelten die Parteien in trauter Eintracht und erwiesen sich faktisch als ein Einheitssystem). Mit dem Euro wurde eine der zentralen staatlichen Kompetenzen ohne Mitwirkung des Volkes auf demokratisch nicht legitimierte Institutionen verlagert. Dies wurde geregelt in folgenden Verträgen

- 1992/1993 dem Vertrag von Maastricht,
- 1997/1999 dem Vertrag von Amsterdam,
- 2001/2003 dem Vertrag von Nizza,



Modernisierung der Demokratie –Warum:



- 2007/2009 dem Vertrag von Lissabon.

Während in einigen Ländern Volksbefragungen und Volksabstimmungen durchgeführt wurden, wurde der deutschen Öffentlichkeit das Vertragswerk als ‚notwendig zur endgültigen Erreichung eines immerwährenden Wohlfahrtsstaates‘ verkauft – natürlich ohne öffentliche Debatte und vor allem ohne Volksabstimmung. (Allerdings sind andere europäische Länder keine besseren Demokratien. Als es in einigen Ländern Europas zu nicht erwünschten Ergebnissen kam, wurden die Abstimmungen teil mehrfach wiederholt, bis sich eben das gewünschte Ergebnis einstellte.)

Wie sehr mit diesen Verträgen das Recht gebogen wurde und um welche Interessen es dabei ging, zeigte sich in der 2. Etappe der neuen Politik:

Was Schwarz-Gelb mit dem Euro begonnen hatte, wurde von Rot-Grün mit der Finanzmarkliberalisierung fortgesetzt. Die Einführung des Euro war nur der Einstieg in eine Liberalisierung der Finanzmärkte. Die soziale Marktwirtschaft war damit endgültig einem globalen Raubtierkapitalismus gewichen. Völlig verantwortungslos wurden Spekulationsmärkte eröffnet, die zum großen Teil schon Auslöser der großen Weltwirtschaftskrise in den 20er und 30er Jahren waren, z.B.

1998 (kurz nach dem Regierungswechsel) erfolgte die Zulassung von Hedge-Fonds und Leerverkäufen, (Zur unserer Verdummung wurden sie von denen als Heuschrecken bezeichnet, die ihnen Tür und Tor geöffnet hatten:

Dann gab es in schneller Folge (hier einige Beispiele):

- Erlaubnis zum Handel mit Krediten
- Freigabe der unbegrenzten Geldgeschäfte z.B. mit Zertifikaten
- Erlaubnis zum Handel mit Krediten
- Freigabe der unbegrenzten Geldgeschäfte z.B. mit Zertifikaten

Parallel wurde unter dem Stichwort der privaten Alterssicherung eine Absenkung von Renten vorgenommen, die viele Rentner in die Hände von Spekulanten (Lehmann-Krise) trieben. Während die bewährten Rentenformen immer weiter durchlöchert wurden, gab es die ‚Selbstbedienung der Finanzlobby‘:

Während für Kleinanleger die Spekulationssteuer gilt, wurde 2002 dafür gesorgt, dass Konzerne und Hedge-Fonds ihre Beteiligungen von 2002 an steuerfrei veräußern konnten. Oder folgendes Beispiel: Im Buch „Der gekaufte Staat“ Titel eines Buches von S. Adamek und K. Otto“ wird beschrieben, wie „eine Mitarbeiterin der Finanzbranche im Finanzministerium erwirkte, dass Hedgefonds in Deutschland legal wurden. Die Bedienung der Lobby ist nicht auf Einzelfälle beschränkt: Nach einem Bericht des Bundesrechnungshofes waren in den Jahren 2004-2006 rund 300 von der Privatwirtschaft weiterbezahlte Vertreter/innen von Unternehmen und Verbänden in verschiedenen Bundesministerien tätig. Die Transparenz-Initiative Lobby-Control hat über 100 dieser Fälle (ausführlich) dokumentiert.

So kann man Brüssel getrost als »das Mekka des Lobbyismus« bezeichnen, wie der französische *Figaro* schrieb. Die EU zählt derzeit rund 15000 Interessenvertreter.

Trotz unserer verhängnisvollen Geschichte der Nazi-Diktatur wurden im Ergebnis alle Lehren, Konsequenzen und Grundsätze aus der Weltwirtschaftskrise über Bord geworfen. Die auf Euro und Finanzmarkliberalisierung folgende Krise von Staaten und Banken war weder ein Naturereignis noch ein politischer Fehler, sondern so gewollt. Denn viele Fachleute (900 Professoren der Wirtschaftswissenschaften hatte die Politik gewarnt. Auch ein Manager der Bundesbank (Tietmeyer 1996) warnte davor, dass die Finanzindustrie zu sehr die Politik beeinflusst.



Modernisierung der Demokratie –Warum:



Dessen ungeachtet konnte sich ein sozialdemokratischer Finanzminister wie folgt brüsten: Nicht zuletzt ist Deutschland heute eine der am meisten liberalisierten und deregulierten Wirtschaften in Europa. Es ist letztlich die politische Umschreibung einer neuen Form von Raubtierkapitalismus.

Die Lehmann Krise kam infolgedessen nicht unerwartet. Sie wurde auch weidlich für weitere Schritte in einen Willkürstaat genutzt. Denn die sogenannte Krisenpolitik bestand aus der Rettung von Banken und vor allem aus der Verlagerung von Risiken von wenigen Spekulanten und Großbanken auf die Steuerzahler. Immer wieder wurden technische und wirtschaftliche Handlungszwänge über Verfassung, Recht und allgemeines Wohl gestellt.

Gegebene Versprechen zum Euro (Stabilitätspakt, Lissabon, No Bail Out) wurden innerhalb kurzer Zeit gebrochen. Alles geschah in trächtiger Eintracht der Partieliten. Nimmt man die Präsenz der Lobbygruppen der mächtigen Finanzgruppen zeigt sich, dass politisches Denken offensichtlich nur noch fremdgesteuert wird:

Nach einem Bericht des Bundesrechnungshofes waren in den Jahren 2004-2006 rund 300 von der Privatwirtschaft weiterbezahlte Vertreter/innen von Unternehmen und Verbänden in verschiedenen Bundesministerien tätig. Mittlerweile werden solche Aufträge vermehrt an Anwaltskanzleien (Deutschlandradio. 20.11.2010 Sendung mit *Heidi Klein, Vorstandsmitglied bei Lobby-Control*)

Während in einem reichen Land wie Deutschland Altersarmut, unwürdige Arbeitsverhältnisse, Mängel in der Infrastruktur wieder Standard geworden sind, wird der Lobbyismus belohnt. Die (FAZ berichtet am 2.7.08): Lobbyarbeit wird mit Gesamtsubventionen von mehr als 70 Mrd. € belohnt, die durch Steuersubventionen in etwa gleicher Höhe ergänzt werden.

Von der Rettung der IKB (letztlich eine mittelständische Kreditbank) über die HRE bis zur WestLB zieht sich die Subventionierung von Spekulanten und Großbanken wie ein roter Faden durch die Politik und dies unabhängig, ob diese Rot, Gelb Schwarz oder Grün war. Wer mag darin etwas anderes sehen, als ein ‚Einheitsparteiensystem‘ mit feudalen Charakter. Es ist deshalb natürlich nicht erstaunlich, dass die Verlagerung von Länderrisiken auf die Steuerzahler dieser sogenannten Bankenrettung folgte.

Inzwischen nimmt die spekulative Finanzpolitik der EZB existenziellen Charakter an. Jeder Steuerzahler muss sich klarmachen, dass es nicht nur seine Steuergelder sind, die für die abenteuerliche Politik europäischer wie deutscher politischer Institutionen gerade stehen muss, sondern auch seine Renten und letztlich sein privates Vermögen. So ist die sogenannte Altersarmut kein Zufall, sondern das Ergebnis einer durch die Politik ermöglichten gigantischen Umverteilung.

Es liegt deshalb auf einer Linie, wenn sich unbekannte und von uns nicht gewählte Personen der europäischen Gemeinschaft an ebenfalls unbekanntenen Orten auf den Weg begeben, um im Zusammenhang mit TTIP Verhandlungen zu führen, die den Grundlagen eines Rechtsstaates (eine neutrale Justiz) endgültig den Boden entziehen.

Unser Ergebnis: Die Geschichte unseres Landes zeigt eine wachsende Entfremdung zwischen einer sich strukturell verfestigten Parteienherrschaft und dem Volk. Sie führte zu einem übermächtigen Einfluss von Lobbygruppen auf die deutsche wie die europäische Politik, zu einer fehlenden Rückbindung der Politik an die Ordnung des Rechts und der Dominanz partieller Interessen (wie die der Finanzwirtschaft) gegenüber dem allgemeinen Wohl. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, diese Entwicklung durch ein demokratisches Engagement zu stoppen und die Parteienherrschaft durch eine der Entwicklung angemessene Form einer zukunfts-offenen Bürgerdemokratie zu reformieren.